

Seite: 02 bis 02

Ausgabe: Passauer Neue Presse -
Hauptausgabe/Landkreis Passau

Ressort: Politik

Nummer: 71

Quellrubrik: Passauer Neue Presse - Ausgabe A

Weblink: <http://www.pnp.de/nachrichten/artikel.php?cid=29-43555568&Ressort=pol&BNR=0>

"Kassen müssen die Entlastung kompensieren"

Die Vorstandschefin des Spitzenverbandes der GKV, Doris Pfeiffer, zweifelt daran, dass die Gesundheitsreform allen Versicherten Einsparungen bringt.

Berlin. Das Bundeskabinett berät heute über die Gesundheitsreform. Schon zuvor hat Minister Hermann Gröhe (CDU) einen stärkeren Wettbewerb der Krankenkassen und stabile Lohnnebenkosten versprochen. Nach Gröhes Plänen soll der bisherige, allein von den Kassenmitgliedern zu zahlende Sonderbeitrag von 0,9 Prozent des Einkommens ab 2015 entfallen. Stattdessen sollen die Kassen Zusatzbeiträge nehmen können, die ebenfalls vom Einkommen abhängig sind. Dass sie dies in Anspruch nehmen, erwartet Doris Pfeiffer, Chefin des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung.

Frau Pfeiffer, Schwarz-Rot bringt die Reform der Kassenfinanzen auf den Weg: Der Gesundheitsminister verspricht Entlastungen für Millionen Versicherte. Schürt er damit nicht zu hohe Erwartungen?

Doris Pfeiffer: Heute zahlt jedes Krankenkassenmitglied 8,2 Prozent seines Bruttolohns an die Krankenkasse und die Arbeitgeber zahlen 7,3 Prozent. Im nächsten Jahr soll der gesetzlich vorgegebene Pflichtbeitrag der Versicherten ebenfalls auf 7,3 Prozent sinken. Da aber gleichzeitig die Ausgaben zum Beispiel für Ärzte, Kliniken und Medikamente weiter steigen, werden die Kassen mit dem gekürzten Beitragssatz nicht auskommen können und einen Zusatzbeitrag nehmen müssen. Dabei wird es sicherlich Kassen geben, bei

denen die Versicherten im nächsten Jahr etwas weniger zahlen müssen als heute. Es wird aber vermutlich auch Kassen geben, wo der Gesamtbetrag nicht sinkt, sondern steigt. Ob es im Durchschnitt aller Krankenkassen tatsächlich zu einer Entlastung der Versicherten kommt, wird sich erst im Herbst entscheiden, wenn die Krankenkassen ihre Haushalte für 2015 aufstellen.

Werden die Kassen nicht schon bald Zusatzbeiträge auf breiter Front erheben?

Pfeiffer: Das liegt quasi in der Logik der neuen gesetzlichen Regelung. Der heutige Versichertenbeitrag von 0,9 % des Einkommens fällt weg. Wenn gleichzeitig die Ausgaben der Krankenkassen steigen, müssen die Krankenkassen dies kompensieren. Ob dann am Ende eine höhere oder niedrigere Belastung des einzelnen Beitragszahlers herauskommt, hängt von der Finanzsituation der einzelnen Kasse ab.

Der Arbeitgeberbeitrag bleibt eingefroren. Alle zukünftigen Kostensteigerungen müssen die Versicherten übernehmen. Ist das nicht auf Dauer ungerecht?

Pfeiffer: Es gehört zu den Kernaufgaben der Politik, zu entscheiden, wie unsere sozialen Sicherungssysteme finanziert werden. So lange die Einkommen genauso oder stärker steigen als die Ausgaben, finanzieren auch die Arbeitgeber mit. Sobald die Ausgaben stärker wachsen, geht dies allein zu Lasten der Versicherten. Dies ist eine politische

Entscheidung.

Die Große Koalition kürzt zur Haushaltskonsolidierung vorübergehend den Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds. Angesichts von Milliarden-Rücklagen im System ein verantwortbares Manöver?

Pfeiffer: Diese Rücklagen stammen aus Beiträgen von Versicherten und Arbeitgebern. Und damit soll jetzt der Bundeshaushalt saniert werden? Ich finde das unfair gegenüber den Beitragszahlern. Es stärkt auch nicht gerade das Vertrauen in die Verlässlichkeit von finanzpolitischen Entscheidungen, wenn der Bundeszuschuss zur beliebigen Verfügungsmasse des Finanzministers wird. *Ein neues Institut soll Daten zur Qualität von Behandlungen für Patienten sammeln und aufbereiten. Wird jetzt wirklich transparent, welcher Arzt am besten ist?*

Pfeiffer: Mit dem neuen Qualitätsinstitut wird ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Transparenz über die Behandlungsqualität gemacht. Leider sieht das Gesetz bisher nur die Veröffentlichung von Qualitätsdaten der Kliniken vor. Die Versicherten brauchen selbstverständlich auch in der ambulanten Versorgung mehr Transparenz über die Behandlungsqualität, insbesondere weil heute bereits zahlreiche Operationen auch von niedergelassenen Ärzten durchgeführt werden. - Foto: dpa
Interview: Rasmus Buchsteiner

Urheberinformation: (c) 2014 NeuePresseVerlags-GmbH Passau